

newsletter 27 / 05. 06. 2002

TAGUNG IN WUERZBURG

Umweltmediziner machen Umweltbelastungen für die dramatische Zunahme der chronischen Erkrankungen verantwortlich

Würzburg (ots) - Vom 7.-9. Juni 2002 werden sich in Würzburg vier umweltmedizinische Verbände in die Diskussion um die sog. Kostenexplosion im Gesundheitswesen einmischen. Unter dem Thema "Chronisch Kranke: ihre Kosten - ihre Umwelt" wollen der Deutsche Berufsverband der Umweltmediziner (dbu), die Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie (DGUHT), die Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin (IGUMED) und der Ökologische Ärztbund (ÖÄB) darlegen, dass der enorme Anstieg des Anteils an chronisch Kranken in der Bevölkerung einhergeht mit einer Dauerbelastung von Chemikalien im Niedrigdosisbereich. Diese führen zu einer schleichenden Schädigung immer größerer Bevölkerungsteile, wobei besonders empfindliche bzw. empfängliche Personen als erste oftmals bereits in jungen Jahren erkranken und über Jahrzehnte hinweg die Kassen belasten.

"Die Frage nach der Ursache für den Anstieg der Allergien beispielsweise auf mittlerweile ca. 30-40% der Kinder und Jugendlichen kann nicht durch den Hinweis auf die genetische Veranlagung beantwortet werden" stellt Dr. med. Kurt Müller, Vorsitzender des dbu fest. "Vielmehr muss die Zunahme der Erkrankungswahrscheinlichkeit durch die Zunahme der Auslösefaktoren erklärt werden und hierfür kommt in erster Linie die chronische Belastung mit Schadstoffen und Schadstoffgemischen im Niedrigdosisbereich in Frage."

Ein Herumdoktern an der Kostenverteilung könne die Probleme des Gesundheitswesens nicht lösen. Nur eine systematische Stärkung der Prävention etwa durch ein wirksames Risikomanagement bei der Einführung neuer Chemikalien und Technologien sei langfristig in der Lage, den Trend zu immer höheren Kosten zu stoppen, so Dr. Müller.

Neben der Diskussion über die Kostenproblematik im Gesundheitswesen - zu der auch Politiker und Krankenkassenvertreter Stellung beziehen - werden sich die ca. hundert Ärzte und Wissenschaftler mit aktuellen Ergebnissen zu Forschungen über Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Umweltbelastungen und mit Fragen der Qualitätssicherung in der Umweltmedizin beschäftigen.

ots Originaltext: Ökologischer Ärztbund e.V.
Im Internet recherchierbar: <http://www.presseportal.de>

Weitere Informationen, ausführliches Programm, Interview-Wünsche, etc.:
Dr. med. Peter Ohnsorge, Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner (dbu)
E-Mail: dbu@dbu-online.de

=====

CRASH:

Von abeKra, Verband arbeits- und berufsbedingter Krankheiten:

Die neue CRASH, den Arbeitsunfall- und Berufskrankheiten-report gibt es

jetzt online.

Auch Nichtmitglieder koennen die Zeitschrift downloaden, muessen dafuer aber 5 Euro zahlen, die mit der Telephonrechnung am Ende des Monats abgebucht werden.

www.abekra.de

Kommentar Scherrmann: Die Veroeffentlichungen von Frau Dr. Vogel sind fuer viele Chemikaliengeschaedigte eine grosse Hilfe. Der groesste Teil der HP ist NICHT kostenpflichtig.
Die kostenpflichtigen Teile sind deutlich gekennzeichnet.

AMALGAM

Von Regina Nowack, SHG Amalgam

Amalgam-Info der Behörden

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,
das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat einen Entwurf zu einer neuen „Informationsschrift“ zu Amalgam verfaßt. Darin häufen sich wie eh und je falsche Angaben, als hätte es nie ein Kieler Amalgam-Gutachten, nie die ausführlichen fachlichen Korrespondenzen von Patienteninitiativen mit den Behörden gegeben. Stoisch hält man – nun nachweislich wider besseres Wissen – an der Unwahrheit fest und wartet mit manchen Spitzfindigkeiten auf, um lästige Kritiker abzuschütteln.

Das Maß ist voll! Wir haben in einer Stellungnahme zu dieser „Informationsschrift“ – wie etliche Male zuvor – die Angaben der Behörde widerlegt (anbei als Datei) und diese zur Umkehr aufgefordert. Es ist aber abzusehen, daß man unseren Widerspruch auch weiterhin ignorieren wird. Es ist überdeutlich geworden, daß es den Behörden nicht an Sachkenntnis mangelt, sondern daß man sich bewußt allen begründeten Sachargumenten verschließt und gewaltsam die Sache niederzuhalten versucht. Damit wird vorsätzlich das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit verletzt.

Wir bitten Sie daher herzlich um Ihre Verstärkung, indem Sie beim BfArM intervenieren und sich für das Recht einsetzen, d.h. Protest erheben gegen die geplante Desinformationsschrift. Dies könnte geschehen, indem Sie selbst konkret Stellung beziehen zum Inhalt der BfArM-Schrift oder aber sich in einem kurzen Schreiben unserer Stellungnahme anschließen.

Wir meinen, daß es nicht sein darf, daß die Behörden immerzu nahezu unbehelligt Desinformationen verbreiten können und damit in der Konsequenz Menschen in ihrer Gesundheit schädigen. Es kann nicht zu diesem Unrecht geschwiegen werden, sondern es muß sich endlich ein massiver Widerstand regen. Wir dürfen uns nicht wehrlos dieser Willkür der Behörden ergeben.

Wir hoffen sehr auf Ihre Mithilfe und würden uns freuen, wenn Sie uns eine Kopie Ihres Schreibens an das BfArM zukommen ließen.

Bitte leiten Sie diese Nachricht an andere weiter, damit sich möglichst viele dem Protest anschließen können.

Mit besten Grüßen

Regina Nowack, SHG Amalgam, c/o SEKIS, Albrecht-Achilles-Str. 65, 10709 Berlin

Die beiden pdf-dateien (den Entwurf vom BfArM und die Stellungnahme) koennen Sie ueber scherrmann@tesionmail oder direkt von Frau Nowak

r.nowack@arcor.de bekommen)

NITROFEN

von PAN Germany Presse Information
5. Juni 2002

PAN Germany fordert Produktionsstopp für Nitrofen!
Nach Informationen, die dem Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) vorliegen, wurde noch 2001 Nitrofen in Deutschland produziert.

Die Firma Clariant hat in ihrer "Umwelterklärung Standort Griesheim 2001" eine Produktpalette veröffentlicht, die unter anderem das in Deutschland und Europa verbotene Nitrofen auflistet.
Eine Studie der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2000 stuft Nitrofen als einen jener Stoffe ein, die jährlich in einer Menge von mehr als 1000 Tonnen produziert werden. Die EU Studie nennt als Produktionsfirma die Chemie AG Bitterfeld-Wolfen.

Die Anwendung von Nitrofen ist in Europa verboten, weil es langlebig und hoch giftig ist. Dennoch ist es in Deutschland erlaubt, diesen Gefahrstoff für den Export zu produzieren. Lars Neumeister von PAN Germany: "Giftige Pestizide, die wir nicht in unseren Lebensmitteln haben wollen, sollten hier auch nicht produziert werden."

Damit solche Gefahrstoffe auch anderen Konsumenten nicht zugemutet werden bzw. uns als Rückstände in Lebensmittel-Importen erreichen, muss, so PAN Germany, Nitrofen auch international geächtet werden.

Weitere Informationen:
Lars Neumeister, lars.neumeister@pan-germany.org

Quellen:
European Commission (2000): Towards the establishment of a priority list of substances for further evaluation of their role in endocrine disruption - preparation of a candidate list of substances as a basis for priority setting, Annex 14, Delft

Clariant GmbH (2001): Umwelterklärung Griesheim 2001, August 2001, Griesheim
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)
Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 91 91 024, Fax.: 040 39 0 75 20
e-mail: info@pan-germany.org web: www.pan-germany.org

RECHT

BVerfG zum Vertrauensschutz im Sozialversicherungsrecht
Das Bundesverfassungsgericht hat die Bedeutung des Vertrauensschutzes im Sozialversicherungsrecht bekräftigt. Mit seinem am 28.05.02 veröffentlichten Beschluss hat es mehrere Vorlagebeschlüsse des Bundessozialgerichts und des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt für unzulässig erklärt (Beschluss vom 20. Februar 2002 - 1 BvL 19/97 u. a).
Die Gerichte hatten angenommen, dass § 93 SGB VI rückwirkend zu Lasten eines Betroffenen anwendbar sei, was gegen das Rechtsstaatsprinzip verstosse. Nach den Worten des BVerfG wird die Rückwirkung aber bereits durch den Vertrauensschutzgrundsatz im Verwaltungsverfahrenrecht ausgeschlossen, so dass es auf eine mögliche Verfassungswidrigkeit des § 93 SGB VI nicht ankommt.

Rechtlicher Hintergrund des Verfahrens

§ 93 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) sieht vor, dass Unfallrenten auf die Alters- und Hinterbliebenenrente der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet werden können. Die Ausnahmen zu dieser Regelung wurden durch das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG) vom 25.09.1996 enger gefasst. Diese Gesetzesänderung wurde rückwirkend zum 01.01.1992 in Kraft gesetzt.

Problem der verfassungsmäßigen Rückwirkung

Die vorlegenden Sozialgerichte waren der Auffassung, dass die neu gefasste Vorschrift wegen Verstosses gegen das Rechtsstaatsprinzip verfassungswidrig sei, weil sie rückwirkend eine Anrechnung der Unfallrente vorsehe. Sie haben diese Frage dem BVerfG zur Entscheidung vorgelegt.

Vorlage unzulässig

Das BVerfG hat die Unzulässigkeit der Vorlagen festgestellt. Die Gerichte hätten nicht dargelegt, dass es für die Entscheidung der Ausgangsverfahren darauf ankomme, ob § 93 SGB VI verfassungswidrig sei. Sie hätten stattdessen prüfen müssen, ob nicht bereits die Vertrauensschutzregelungen des Verwaltungsverfahrensrechts als Konkretisierungen des Rechtsstaatsprinzips eine rückwirkende Anwendung des § 93 Abs. 5 SGB VI ausschließen, erklärten die Verfassungsrichter.

Konkretisierung des Rechtsstaatsprinzips bereits in SGB X

Den Vorschriften der §§ 45, 47 und 48 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) liege nämlich die Vorstellung des Gesetzgebers zugrunde, dass Empfänger von Sozialleistungen vor der Aufhebung sie begünstigender Verwaltungsakte in besonderer Weise geschützt werden sollen. Die Sozialgerichte hätten daher für ihre Verfassungsbeschwerde begründen müssen, inwieweit trotz dieser Vertrauensschutzgewährleistungen eine rückwirkende Anwendung der Anrechnungsvorschrift zu Lasten der Berechtigten in Betracht kommt.

Weiterführende Informationen im Netz

Das Urteil im Volltext finden Sie auf den Seiten des Bundesverfassungsgerichts unter

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/frames/ls20020220_1bvl001997.

Internetredaktion Verlag C. H. Beck, 28. Mai 2002.

<http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?sessionid=76693008347145E781A7A27110499189&docid=64895&from=hp.root>

=====

TERMIN:

Gesundheitstage Wiesbaden:

Freitag, 14.06.02, Standaufbau bis 10.30 Uhr danach Presserundgang.

Samstag, 15.06.02, ab 9.00 Uhr

Der Vortrag von **Jürgen Jäger** ist am Sa. um 17 Uhr im Raum 309 im Rathaus.

=====

KURZINFO:

28. 05. 2002 **Krebserregend: Pestizide im Haushalt**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=5&d=28&id=79759>

22.05.2002: **Urteil im Hagl-Prozeß soll Klarheit in die Drittmittelforschung bringen**

Mit großer Spannung wird in der Medizinforschung ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe zur Frage der rechtmäßigen Drittmittelforschung erwartet. www.aerztezeitung.de

21.05.2002

Giftige Gase: Putzmittel nicht kombinieren

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=5&d=21&id=79330>

UBA; Umweltbundesamt:

Ozonwerte und Ozonprognosen ab sofort wieder im Internet

<http://www.umweltbundesamt.de>

=====

ACRYLAMID - NITROFEN

Von www.bgvv.de :

04.06.2002

Verbrauchertipp: Wie man die Aufnahme von Acrylamid über Lebensmittel reduzieren kann

04.06.2002

Materialien und Links zu Acrylamid

04.06.2002

Materialien und Links zur Bewertung von Nitrofen

03.05.2002

Presstext Shampoo, Schaumbad, Allzweck-Reiniger: Gefahr auch für Erwachsene

Neues Merkblatt für Pflege- und Reinigungskräfte

Materialien und Links zu Acrylamid in Lebensmitteln

Acrylamid ist als Monomer ein aus der Industrie bekannter "Baustein" für Kunststoffe. Schwedische Untersucher haben im April 2002 Acrylamid-Funde in Lebensmitteln veröffentlicht. Die Lebensmittel, die Acrylamid enthielten, waren stärkehaltig und gebraten, gebacken oder frittiert. In gekochten Lebensmitteln wurden keine Acrylamide gefunden. Untersuchungen in Großbritannien und Niederlande haben diese Funde im Mai 2002 bestätigt.

Acrylamid ruft in vitro und im Tierversuch Mutationen hervor. In einer Reihe von Studien sind genotoxische Effekte in Somazellen und vererbte Keimzellmutationen nachgewiesen worden. Studien am Tier zur Kanzerogenität haben gezeigt, dass Acrylamid krebserzeugend wirkt; es erhöht die Häufigkeit des Auftretens von Tumoren in mehreren Organen. Daher ist Acrylamid als mutagener und kanzerogener Stoff mit Bedeutung für den Menschen eingestuft.

Validierte Nachweis- und Untersuchungsmethoden stehen noch aus. Deshalb werden "große Anstrengungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden notwendig sein, um in vertretbaren Zeiträumen das Verbraucherrisiko durch Acrylamid in Lebensmitteln abschätzen und minimieren zu können," lautet das Fazit von Dr. Dieter Arnold, Leiter des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, während eines Expertengesprächs am 14. Mai 2002 zum Vorkommen von Acrylamid in bestimmten Lebensmitteln. "Wir erwarten insbesondere von der Industrie eine Aufklärung der Entstehungsbedingungen dieses Stoffes bei der Verarbeitung bestimmter Lebensmittel. Nur auf dieser Grundlage kann eine Minimierung der Gehalte dieses Stoffes in Lebensmitteln und damit auch des Verbraucherrisikos erfolgen."

Informationen zum Thema:

Verbrauchertipp: Wie man die Aufnahme von Acrylamid über Lebensmittel reduzieren kann (Juni 2002, PDF 51 KB)

Zum Vorkommen von Acrylamid in Lebensmitteln (Juni 2002, PDF 68 KB)

BMVEL-Pressedienst zu Acrylamid in Lebensmitteln (04. Juni 2002)

BgVV-Ausschreibung eines Forschungsvorhabens zur genotoxischen Wirkung von Acrylamid

Pressedienst des Schweizerischen Bundesamtes für Gesundheit zu Acrylamid in Lebensmitteln

Presstext zum BgVV-Acrylamid-Expertengespräch (15.5.2002)

Presstext BgVV (25.4.2002)

Acrylamid - Bewertung des früheren Bundesgesundheitsamtes (Stand 1994, PDF

910 KB)

Migration von Acrylamid aus Verpackungen - Nachweismethode (PDF 26 KB)

Weitere Links:

Studienbericht der Food Standards Agency, Großbritannien (17.5.2002)

Presstext der Food Standards Agency, Großbritannien (17.5.2002)

Presstext Bundesministerium für Verbraucherschutz Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) (25.4.2002)

=====V
HEUTE IM BUNDESTAG PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Berlin:Di, 07.05.2002

Familie/Gesetzentwurf

TABAKWAREN AN UNTER 16-JÄHRIGE NICHT MEHR VERKAUFEN

Berlin: (hib/NEI) Kinder und Jugendliche sollen wirkungsvoller vor den Gesundheitsgefahren des Tabakkonsums geschützt werden. Dazu haben 175 Abgeordnete von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen Gesetzentwurf (14/8956) vorgelegt.

Das Jugendschutzgesetz soll dahin gehend geändert werden, dass in Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nicht mehr abgegeben werden dürfen. Auch ein Verkauf von Tabakwaren in Automaten soll nicht mehr in der Öffentlichkeit stattfinden.

Eine Ausnahme von diesem Verbot ist dann vorgesehen, wenn der Automat an einem für Kinder und Jugendliche unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder durch technische Vorrichtungen - gedacht wird hierbei an ein elektronisches Chip-Zugangssystem - oder ständige Aufsicht gewährleistet wird, dass Kinder und Jugendliche dem Automaten keine Tabakwaren entnehmen können. Weiter sieht der Gesetzentwurf die Möglichkeit einer Geldbuße für den Fall vor, dass gegen diese Verbote verstoßen wird. Es sollen somit Tabakwaren künftig den gleichen Beschränkungen unterliegen, wie sie für Alkoholika gemäß des Jugendschutzgesetzes bereits gelten.

Zur Begründung heißt es, Kinder und Jugendliche seien durch Rauchen besonders gefährdet und der Raucheranteil unter ihnen sei deutlich angestiegen. Der Nikotinkonsum deutscher Jugendlicher liegt Angaben der Fraktionen zufolge im internationalen Ländervergleich an der Spitze und bei dieser Altersgruppe findet ein erheblicher Absatz über den Automatenverkauf statt.

Neben vorbeugenden Maßnahmen, die bereits erfolgreich von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vorgenommen werden, sei deshalb der Gesetzgeber gefordert, die Abgabe von Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zu verhindern.

Kommentar Scherrmann: Dieses Gesetz war laengst ueberfaellig. Ich bin neugierig, ob eine konsequente Umsetzung stattfinden wird.

HYPERAKTIVITÄTSSYNDROM BEI KINDERN VERANTWORTUNGSBEWUSST BEHANDELN

Berlin: (hib/NEI) Die Bundesregierung soll darauf hinwirken, dass Diagnose und Therapie des "Aufmerksamkeitsdefizits und Hyperaktivitätsyndroms" (ADHS) nur noch von hierfür qualifizierten Ärzten vorgenommen werden. Dafür setzt sich eine Gruppe von 118 Abgeordneten aller Fraktionen in einem Antrag (14/8912) ein.

Es soll damit dem Kernproblem einer Fehldiagnose des ADHS und der allzu leichtfertigen Verordnung von Methylphenidat entgegengewirkt werden. Unter ADHS wird eine übermäßige Unaufmerksamkeit, Impulsivität und Hyperaktivität im Sinne einer überhöhten motorischen Unruhe verstanden.

Die Bundesregierung soll sich deshalb dafür einsetzen, dass die Forschung im Bereich der Langzeitfolgen der Einnahme von Methylphenidat vorangetrieben wird. Darüber hinaus treten die Abgeordneten für eine verstärkte Aufklärung

von Ärzten, Eltern und Erziehern über den Stand der Wissenschaft und die mit der Anwendung des Medikamentes verbundenen Vor- und Nachteile ein. Methylphenidat gehört in die Gruppe der Amphetamine. Es kann abhängig machen und fällt daher unter das Betäubungsmittelgesetz. Als mögliche Nebenwirkungen werden Angst, Schlaflosigkeit und Verfolgungswahn genannt. Es wird darauf hingewiesen, dass ADHS vermutlich bei zwei bis zehn Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland auftritt.

Kommentar Scherrmann: Es ist mir inzwischen voellig unverstaendlich, dass in Zusammenhang mit ADHS in der BRD Neurotoxine immer noch nicht diskutiert werden. Es gibt internationale Literatur dazu zuhauf.

Bildung und Forschung/Kleine Anfrage
ÜBER DIE FÖRDERUNG DER WASSER- UND BODENFORSCHUNG AUFKLÄREN
Berlin: (hib/VOM) Nach der Förderung der Wasser- und Bodenforschung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung erkundigt sich die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (14/8918).

Nach Auffassung der Liberalen sollte die Entwicklung von Bewertungsmethoden sowie neuer Technologien zur Wiederherstellung der Wasser- und Bodenqualität in stark belasteten Gebieten Mitteleuropas vorrangig sein.

Jüngste Forschungsinitiativen sollen nach Darstellung der FDP entweder kurz nach dem Förderbeginn oder noch vor ihrem Start auf Grund von internen Haushaltsplanungen des Ministeriums auf "unbestimmte Zeit" hinausgezögert oder ganz eingestellt werden.

Die Regierung soll sagen, ob erhebliche Finanzmittel aus dem Bereich der Wasser- und Bodenforschung kurzfristig und ersatzlos umgeschichtet worden sind.

Sie will ferner wissen, ob die Regierung einen Widerspruch darin sieht, durch Förderungsangebote Wasser- und Bodenforschung "anzuschieben", nach wenigen Jahren jedoch die Förderung drastisch zu senken, obwohl durch die lange Bearbeitungszeit Förderungsanträge gerade erst angelaufen sind.

Berlin:Fr, 03.05.2 :

Umwelt/Antwort

"KLARER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN HOHEN RADONWERTEN UND LUNGENKREBSRISIKO"

Berlin: (hib/WOL) Die Strahlenschutzkommission hat in einer Stellungnahme vom 31. Oktober 2000 ausgeführt, dass die Ergebnisse bisheriger epidemiologischer Studien einen klaren Zusammenhang zwischen der Radonexposition und dem Lungenkrebsrisiko zeigen.

Dabei gebe es eine lineare Beziehung von Dosis und Wirkung ohne Schwellenwert, erklärt die Bundesregierung in der Antwort (14/8843) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU (14/8678). Den Angaben zufolge steigt das Lungenkrebsrisiko um etwa zehn Prozent, wenn sich die Radonkonzentration in der Wohnraumluft um 100 Becquerel pro Kubikmeter erhöht.

Das Risiko eines durch Radon verursachten Tumors steige mit der Konzentration und der Dauer, der man der Strahlung ausgesetzt sei. Besondere Radonkonzentrationen träten in erster Linie in Gebäuden von Gebieten auf, in denen der geologische Untergrund einen erhöhten Gehalt natürlich vorhandenen Radons bereits in der Bodenluft aufweise.

Dies gelte für etwa zehn Prozent der Fläche Deutschlands und betreffe im wesentlichen Teile von Eifel, Schwarzwald, Bayerischem Wald, Fichtelgebirge, Harz, Thüringer Wald und Erzgebirge.

Handlungsbedarf bestehe für Privatwohnungen und öffentliche Einrichtungen vor allem bei alten Gebäuden in den betroffenen Regionen sowie bei Anlagen zur Wassergewinnung und -aufbereitung.

Für eine bauliche Sanierung empfehle das Bundesumweltministerium, sich an den Werten der Europäischen Kommission zu orientieren, die einen Wert von 200 Becquerel pro Kubikmeter für Neubauten und 400 Becquerel pro Kubikmeter

für bestehende Gebäude ausweise.

Die Sanierung und Vorsorge richte sich dabei im Wesentlichen auf die Abdichtung des Mauerwerks gegen das Eindringen von Radon sowie auf ein gezieltes Belüften von Räumen oder Unterlüften der Bodenplatte von Gebäuden. Die Kosten der Vorsorgemaßnahmen betragen laut Antwort weniger als ein Prozent der Baukosten bei Neubauten, während 1.000 bis 5.000 Euro als Werte für die Sanierung bestehender Gebäude angegeben werden. Messungen zur Feststellung vorhandener Radonkonzentrationen würden für 10 bis 25 Euro angeboten, heißt es.

Berlin:Mi, 29.05.2002

Gesundheit/Antrag

REGIERUNG SOLL AKTIONSPROGRAMM ZUR VERBESSERUNG DER PRÄVENTION SCHAFFEN

Berlin: (hib/RAB) Ein Finanzierungsfonds soll geschaffen werden, um Aktionsprogramme zur Verbesserung der Prävention im Gesundheitswesen zu unterhalten. Dies sieht ein Antrag (14/9085) vor, den die CDU/CSU vorgelegt hat. Ein solches Programm müsse durch eine Bestandsaufnahme der deutschen Aktivitäten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene im Bereich der Prävention vorbereitet werden.

Dann müssten die Zielvorstellungen definiert werden. Nach Überzeugung der Abgeordneten muss ein durchgängiges Anreizsystem in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) geschaffen werden, welches gesundheitsbewusstes Verhalten finanziell belohnt. Dazu könnten verminderte Zuzahlungen, eine Ermäßigung des Beitragssatzes und Beitragsrückgewähr gehören.

Zur Begründung heißt es, das deutsche Gesundheitswesen stehe in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen in den Bereichen Kur, Rehabilitation und Pflege. Ursachen dafür seien der demografische Wandel und der medizinisch-technische Fortschritt.

Diesen Herausforderungen des Gesundheitswesens könne nur begegnet werden, indem die Gesundheitsförderung und Prävention gestärkt werde. Momentan machten die Investitionen für Prävention aber nicht einmal 4,5 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben aus, heißt es in dem Antrag.

Experten seien sich darin einig, dass sich theoretisch durch verstärkte Prävention 25 bis 30 Prozent der heutigen Gesundheitsausgaben in der Bundesrepublik einsparen ließen.

Kommentar Scherrmann: Praevention heisst fuer mich auch u.a.

- bewusste und konsequente Aufklaerung (und nicht weitere Verdraengung) ueber die Zusammenhaenge zwischen Schadstoffen aller Art und Krankheiten aller Art,

- mehr Forschungsgelder fuer Praeventionsmedizin, Toxikologie, Synergienforschung (im Bereich von Schadstoffen),

- grundsaeztlicher Einsatz fuer eine schadstoffaermere Umwelt, (also fuer schadstoffaermere Boeden, Wasser, Luft, Nahrung.

Gesundheit/Antrag

BRUSTKREBS-FRÜHERKENNUNG OPTIMIEREN

Berlin: (hib/NEI) Die FDP-Fraktion fordert in einem Antrag (14/9099), die effiziente Brustkrebs-Früherkennung zu einem vorrangigen Gesundheitsziel für die medizinische Versorgung von Frauen zu erklären. Zur Begründung führt sie an, dass jährlich 19.000 Frauen an Brustkrebs sterben. Bei 46.000 werde ein bösartiger Tumor neu diagnostiziert.

Brustkrebs stelle damit die häufigste Todesursache bei Frauen dar. Unter Berufung auf ein Gutachten des Sachverständigenrates weist die Fraktion auf ein eklatantes Maß an Fehl- und Unterversorgung im Bereich der Früherkennung hin. Angaben der Fraktion zufolge werden jährlich 3 bis 4 Millionen Mammographien vorgenommen.

Ihrer Ansicht nach entspricht dieses so genannte "graue Screening" jedoch

weder den personellen noch den apparativen Qualitätsanforderungen wie sie europäische Leitlinien vorsehen würden. In der Folge komme es zu Fehldiagnosen und psychischen oder organischen Belastungen bei den Patientinnen. Es wird gefordert, jeder Frau zu ermöglichen, an Früherkennungsprogrammen teilzunehmen.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, bestimmte Rahmenbedingungen für die Brustkrebs-Früherkennung zu gewährleisten. Dazu gehörten unter anderem ein flächendeckendes und fachübergreifendes Früherkennungsprogramm und eine qualitätsgesicherte Diagnosekette statt einer Fokussierung der Früherkennung auf die Mammographie. Ferner solle eine enge Verzahnung und Kooperation zwischen stationärem und ambulantem Bereich stattfinden. Vorhandene Versorgungsstrukturen seien zu nutzen und zu überprüfen. Darüber hinaus müsse die Versorgungs- und Ursachenforschung intensiviert werden.

Kommentar Scherrmann: Bzgl. des Screenings ist ein kurzes Statement von Frau Prof. Schmitz-Feuerhake lesenswert. (Wer es gefaxt haben moechte, bitte bei mir melden)

Weiterhin ist interessant: bei dem Brustkrebskongress in Kanada im Jahre 1998 wurde viel ueber Schadstoffe als Hintergrund referiert und diskutiert. Bei der Diskussion hierzulande taucht dieser Faktor meines Wissens nicht auf.

Gesundheit/Antwort

REGIERUNG: ZAHLREICHE INITIATIVEN ZUR ERFORSCHUNG VON ALLERGIEN GESTARTET

Berlin: (hib/NEI) Im Rahmen des Gesundheitsforschungsprogramms der Bundesregierung sind seit 1987 Untersuchungen auf Faktoren, die Allergien und Asthma auslösen, verstärkt vorgenommen und zahlreiche Initiativen und Modellprojekte ins Leben gerufen worden.

Diese Angaben macht die Bundesregierung in ihrer Antwort (14/9106) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (14/8914), die die "dramatische Zunahme" allergischer Erkrankungen in den letzten Jahrzehnten zum Thema hat und in der nach Maßnahmen der Regierung zur Erforschung und Behandlung dieser "Volkskrankheit" gefragt wurde.

Im Förderschwerpunkt "Epidemiologie der Allergien" wurden von 1988 bis 2001 insgesamt 27 Forschungsvorhaben mit einem Mittelvolumen von ca. 18 Millionen Euro gefördert, heißt es in der Antwort weiter.

Es seien Aufklärungsmaßnahmen erfolgt und Informationsmaterialien angeboten worden, aus denen "Risikofamilien" Handlungsanleitungen zur Verringerung der Konzentration von Innenraumallergenen entnehmen können. Patientenschulungen bei chronischen Atemwegserkrankungen seien inzwischen integraler Bestandteil von Versorgungsleistungen.

Auch seien Vertreter der Gesellschaften, die an der Herausgabe des Weißbuches "Allergie in Deutschland 2000" beteiligt waren in Beratungen und Maßnahmen zur Verbesserung von Allergieprävention und -versorgung einbezogen worden, soweit die Zuständigkeiten der Bundesregierung betroffen sind.

Nach der neuen Approbationsordnung für Ärzte sei die Allergologie Prüfungsgegenstand der Prüfung am Ende des Studiums und damit Pflichtlehrstoff für alle Studierenden. Zudem sei Allergologie ein mögliches Wahlfach.

Nach Aussage der Bundesregierung liegen ihr keine Informationen über tödliche Verläufe von Reaktionen auf Zusatz- und Hilfsstoffe in Medikamenten vor. Es sei jedoch durch Änderung des Arzneimittelgesetzes vorgeschrieben worden, dass alle Hilfsstoffe der Art nach in der Produktinformation anzugeben seien.

Darüber hinaus dürften Arzneimittel in Darreichungsformen zur Injektion keine Konservierungs- und Farbstoffe enthalten.

Auf die Frage nach neuen Erkenntnissen zur Ursache allergologischer Erkrankungen verweist die Bundesregierung auf den durch das Statistische Bundesamt herausgegebenen "Spezialbericht Allergien" und betont, dass die Forschung davon ausgehe, dass Auseinandersetzungen von Kleinkindern mit Infektionskrankheiten die Immunlage in Bezug auf mögliche spätere Allergien

beeinflussen.

Nach Angaben der Regierung hat die Studie "Stillen und Säuglingsernährung in Deutschland" ergeben, dass ein steigender Trend zum Stillen zu beobachten ist und sich dieser unter anderem auch mit der Intensivierung der Allergiediskussion deckt.

Kommentar Scherrmann: Interessant hier ist z. B wie einseitig die Jenaer Studie interpretiert wurde und wird. Dass die Kinder in den neuen Bundesländern früher vielen Innenraum-Chemikalien (PCB, PCP, Lindan, ...) nicht in der Masse ausgesetzt waren wie die westdeutschen Kinder, wurde nicht in die Überlegungen miteinbezogen. Übrigens: es gibt viel Literatur über mögliche Zusammenhänge zwischen Duftstoffen und Allergien. Ich frage mich, wann hier die Politik und die Gesellschaft - ähnlich wie in Nordamerika - reagiert, um vor allem die Kinder besser zu schützen. In Nord-Amerika wird es z. B. immer üblicher, dass wenn ein Kind einer Sportmannschaft Asthma hat, ALLE beteiligten Mannschaften völlig auf Duftstoffe verzichten, dass an Schulen, Unis Duftstoffe verboten sind, um das Leben von AllergikerInnen und AsthmatikerInnen erträglicher zu gestalten.

(Als Kurzinformatio anschließend den Text meines Posters "Parfüm? - Nein danke!"
. Wenn Sie dies als einseitige Word-datei zum Kopieren und Vergrößern haben wollen, mailen Sie mich bitte an.)

=====
Parfüm? - Nein danke!

In synthetischen Duftstoffen gibt es mehr als 4000 Chemikalien, die ihrerseits zu 95 % aus Petroleum hergestellt werden. In einem einzigen vielbenutzten Parfüm wurden 182 verschiedene Chemikalien gefunden. Diese Substanzen sind zu einem grossen Teil ähnlich langlebig und fettlöslich wie Chlorpestizide. Sie irritieren den Geruchs- und den Geschmackssinn. Sie verursachen reizende, sensibilisierende und phototoxische Reaktionen und können selbst in winzigen Dosen Wirkungen im Zentralen Nervensystem auslösen. Fieber, Migräne, Hautausschläge, Bronchitis, Asthma, Schwindel, Herzbeschwerden, Panikattacken, Krebs, Unfruchtbarkeit, Geburtsschäden und viele andere Beschwerden und Krankheiten können in Zusammenhang mit Duftstoffen stehen. Todesfälle nach Parfüm-schnüffeln sind dokumentiert. Ausserdem: Duftstoffe können süchtig machen. Auch ätherische oekologische Duftöle können Unverträglichkeitsreaktionen auslösen.

In den USA und Kanada werden aus dem vorliegenden Wissen vermehrt die Konsequenzen gezogen und duftstofffreie Zonen in öffentlichen Gebäuden, Restaurants, Hotels, Kindergärten, Schulen, Unis, Kirchen, Sportstätten, Fluglinien, öffentlichen Verkehrsmitteln, Betrieben, Filmcrews etc. eingerichtet. In Halifax z. B. werden Fahrgäste gebeten, unparfümiert in den Bus zu steigen, und die Zeitung "Halifax Chronicle-Herald" verhängte ihren 350 Angestellten Duftverbot.

Hierzulande gilt wohl eher - wie beim Rauchen - das Recht auf die individuelle Freiheit, sich selber und andere zu vergiften, als das Recht auf körperliche Unversehrtheit der anderen.

Wenn Sie auf Duftstoffe verzichten, erleichtern Sie nicht nur das Leben von Menschen mit Allergien, Asthma und Chemikalienunverträglichkeit, sondern Sie tun auch etwas für Ihre eigene Gesundheit, und Sie leisten einen Beitrag für weniger Chemikalien in Luft, Boden und Wasser!

Die Auswahl an duftstofffreien Kosmetikas, Wasch- und Putzmitteln wächst auch hierzulande stetig.

=====
Ende des newsletter/d/27

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden

sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org
Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt